

Atempause beim Klimawandel?

Für Atomkraftgegner ist es der Beweis, dass der Ausstieg möglich ist: Am 5. Mai schaltete Japan – wenn auch zunächst nur vorübergehend – das letzte seiner 54 Kernkraftwerke ab, ohne dass die Stromversorgung des Landes zusammengebrochen wäre. In Deutschland will man sich mit dem Ausstieg zehn Jahre Zeit lassen – für die einen zu lange, für die anderen übereilt. Bei den 16. Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung stritten Experten um die Energiewende und ihre Folgen.

FRANK STERN



Klaus Töpfer hält die Ministerialbürokratie zur Umsetzung der Energiewende für ungeeignet

Es ist die wohl größte industriepolitische Herausforderung seit dem 2. Weltkrieg: Bis zum Jahr 2022 will Deutschland vollständig aus der Kernenergie aussteigen, die bisher immerhin mehr als ein Fünftel der hiesigen Stromproduktion sichert. Hubert Weiger, Bundesvorsitzender des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), hält die Abschaltung aller Atomkraftwerke sogar bis 2013 für machbar. Bei den Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung, die sich diesmal um die nach Fukushima verkündete Energiewende und die Versorgungssicherheit in Deutschland drehten, führte Weiger das Beispiel Japan an. Doch von den anderen Podiumsgästen mochte ihm darin niemand folgen.

Fritz Vahrenholt, Chef von RWE Innogy, der mit seinem Buch »Die kalte Sonne« im Vorfeld für heftige Diskussionen gesorgt hatte, verwies darauf, dass Deutschland im letzten Winter nur knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt war. Nach einem Bericht der Bundesnetzagentur produzierten die deutschen Kraftwerke im Februar am äußersten Limit. »Wäre es in dieser Situation zum Ausfall eines großen Kraftwerks gekommen, hätte kaum noch Handlungsspielraum zur Verfügung gestanden«, heißt es in dem Report. Nicht einmal Wartungsarbeiten an den Stromleitungen habe die Bundesnetzagentur damals zugelassen, weil die zeitweilige Abschaltung zu Engpässen geführt hätte, berichtete Vahrenholt: »Bei der Versorgungssicherheit bewegen wir uns auf dünnem Eis.«

Günter Bachmann (Rat für Nachhaltige Entwicklung), Fritz Vahrenholt, Lutz Spandau (Allianz Umweltstiftung), Utz Claassen und Hubert Weiger (v.l.) diskutierten über das Für und Wider der Energiewende

Auch wenn er das Ende der Kernenergie nicht in Frage stellen wollte – »Der Ausstieg ist endgültig, es gibt kein Hintertürchen« –, so warnte Vahrenholt doch vor einer übereilten Klimapolitik, die unter anderem darauf setze, Weizen zu Biosprit zu verarbeiten und Wälder zu roden, um Platz für Windkraft-räder zu schaffen. Gleichzeitig verwies er darauf, dass die globale Temperatur seit 1998 nicht mehr angestiegen sei – für ihn Beleg dafür, dass die anthropogenen Ursachen des Klimawandels bislang erheblich überschätzt wurden: »Die erwartete Abschwächung der Klimaerwärmung erlaubt uns mehr Zeit, das Energiesystem auf vernünftige Weise umzubauen.«

Diese Zeit brauche man schon deshalb, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mit den Plänen der Bundesregierung Schritt halte. Verzögerungen beim Ausbau der Pumpspeicherkapazität oder beim Bau neuer Gaskraftwerke sowie der öffentliche Widerstand gegen die notwendige Erweiterung der Leitungsnetze oder die Ausweisung neuer Windparks – in vielen Bereichen hinke die Umsetzung der Energiewende den gesteckten Zielen hinterher. »Durch Runde Tische kriegt man das nicht hin«, so Vahrenholt, »da können Sie noch so viel Kamillentee verteilen.« Er plädierte dagegen für gesetzliche Regelungen, die Investoren die nötige Planungssicherheit geben.

Utz Claassen, früher Vorstand von EnBW (Energie Baden-Württemberg), sah beim Thema Klimawandel zwar keinen Grund zur Entwarnung, doch stimmte er mit Vahrenholt darin überein, dass die Energiewende mehr Zeit brauchen könnte als vorgesehen. »Bisher haben wir nur eine Ankündigungspolitik«, konstatierte der Wirtschaftswissenschaftler. »Wo sind die Investoren in moderne Gaskraftwerke? Wo ist der Beweis, dass die Offshore-Kapazität so schnell ausgebaut wird, wie es nötig wäre?«



Auch Klaus Töpfer, unter Helmut Kohl Bundesumweltminister und heute Co-Vorsitzender der von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzten »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung«, fällte ein kritisches Urteil über den bisherigen Verlauf der Energiewende. Ein Jahr nach dem Ausstiegsbeschluss ist für den ehemaligen Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) klar: »Die Ministerialbürokratie ist zur Umsetzung der Energiewende ungeeignet.« Der Umstieg werde nur gelingen, wenn man ein wirtschaftlich profitables Geschäftsmodell entwickle, das nicht vom Ausgang der nächsten Bundestagswahlen wieder in Frage gestellt wird.

Doch ein solches Modell scheint im Moment nicht in Sicht. Da Investoren unter den derzeitigen Rahmenbedingungen keine ausreichende Rendite erwarten, stockt der Bau moderner Gaskraftwerke. »Jeder will Gaskraftwerke, aber keiner baut sie«, stellte Fritz Vahrenholt fest. Dabei wird man seiner Überzeugung nach auf absehbare Zeit weiter auf konventionelle Gas- und auch Kohlekraftwerke angewiesen sein, die man bei Bedarf hoch- und runterfahren kann. Denn solange keine ausreichenden Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen – auch der Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken kommt nur schleppend voran –, müssen die Schwankungen bei Wind- und Sonnenenergie auf herkömmliche Art ausgeglichen werden.

Dass die Energiewende für den Verbraucher höhere Preise bedeutet, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer weitgehend einig. Utz Claassen rechnet mit einem Plus von etwa fünf Cent pro Kilowatt. RWE Innogy-Chef Vahrenholt plädierte dafür, Industrieunternehmen von Preiserhöhungen auszunehmen, da sonst damit zu rechnen sei, dass sie ins Ausland abwandern.

Bei dieser Frage stimmte ihm sogar BUND-Chef Weiger zu. Es sei richtig, wichtige Industrien zu unterstützen, sagte der Diplomforstwirt. Auch über die Höhe und Dauer der Förderung von Erneuerbaren Energien könne man diskutieren. »Man darf keinen Subventionstatbestand auf Dauer schaffen«, so Weiger. Aber man solle den Umweltverbänden nicht vorwerfen, sie würden die Energiewende zwar begrüßen, gingen jedoch auf die Barrikaden, sobald irgendwo neue Leitungen gebaut werden sollen. Der eigentliche Grund, warum viele Projekte nicht umgesetzt würden, sei die aus Sicht der Unternehmen zu geringe Rendite, hielt Weiger dagegen.

Bislang hat Deutschland mit seiner Energiewende in der Welt kaum Nachahmer gefunden. Global werden heute lediglich 0,7 Prozent der Energie regenerativ erzeugt.

WWW.ALLIANZ-UMWELTSTIFTUNG.DE